

Ausführungen zum Haushalt 2021 der Stadt Frankenthal.

Die GRÜNEN – offene Liste, Dr. Gerhard Bruder.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Den Haushalt 2021 der Stadt Frankenthal zu kommentieren, fällt mir schon wesentlich schwerer als letztes Jahr. Hatten wir doch letztes Jahr nach über 20 Jahren zum ersten Mal einen ausgeglichenen Haushalt, waren stolz darauf und blickten positiv in die Zukunft. Ja nun steht man da wie ein Kind, das ein Geschenk bekommen hat und es ein paar Monate später wieder abgenommen bekommt.

Der diesjährige Haushalt endet mit einem Defizit von über 7 Millionen Euro. Es gibt aber jetzt keinen Grund, hier der Verwaltung irgendetwas vorzuwerfen, dieses Defizit ist diesmal nicht hausgemacht. Es hätte sich wohl keiner vorstellen können, dass so etwas wie eine Pandemie so massive Beeinflussungen von Volkswirtschaften nach sich ziehen könnte.

Abgesehen davon, dass uns die Pandemie etwa 1,2 Millionen an vermehrten Ausgaben aufgezwungen hat, so ist der Rückgang der Gewerbesteuer und der Rückgang des Anteils an der Einkommenssteuer wohl der Hauptgrund für das Defizit.

Es wäre jedoch noch schlimmer gekommen, wenn nicht entsprechende Zuwendungen von Bund und Land geflossen wären, die dann allerdings wieder gegengerechnet wurden, wie die Schlüsselzuweisungen. Aber trotz allem ist dieser Haushalt eher eine vorsichtige Prognose als eine standessichere Planung, da gerade im Hinblick auf den Verlauf der Coronapandemie so viele Unwägbarkeiten sind, dass es praktisch nicht möglich ist, einen wirklich sattelfesten Haushalt zu erstellen.

Aber an dem defizitären Haushalt ist nicht allein ein Virus schuld.

Auch wenn ich es jedes Jahr wiederhole, es ändert nichts am Wahrheitsgehalt: Das kommunale Finanzierungsmodell ist falsch und muss geändert werden. Dass die Kommunen in erster Linie abhängig sind vom Ertrag der Gewerbesteuer, ist ein unmöglicher Zustand. Es kann nicht sein, dass ganze Kommunen in finanzielle Schwierigkeiten geraten, wenn es ein oder zwei Betrieben auf ihrer Gemarkung schlecht geht. Wir brauchen hier eine grundlegende Reform der kommunalen Finanzierung.

Darüber hinaus müsste sich wirklich einmal die Landesregierung überlegen, warum so viele der 2020 am meist verschuldeten Städte der Bundesrepublik auf dem Gebiet von Rheinland Pfalz sich befinden.

Hinzu kommt das sogenannte Konnexitätsprinzip. Ich habe mir hier einmal den Teilhaushalt 6 vorgenommen. Hier liegt ein Deckungsgrad von 56,7% vor. Es handelt sich hierbei ausschließlich um Pflichtaufgaben, also Aufgaben, die von Bund und Land vorgeschrieben sind und die die Stadt erfüllen muss.

Davon werden nur 56% vom Auftraggeber gedeckt. Wir haben einen Zuschussbedarf kommunaler Art von 14,4 Millionen.

Der Deckungsgrad reicht von 13,8% bis 94,2%. Zum Beispiel in dem größten Ausgabenposten „Eingliederungshilfen für Behinderte“ liegen die Ausgaben bei 12,8 Millionen, die Einnahmen bei 5,9 Millionen. Allein wenn hier Bund und Land das Konnexitätsprinzip erfüllen würden, hätten wir allein aus dem Teilhaushalt 6 Minderausgaben von 14 Millionen. Hinzu kommen jetzt noch die neuen Gesetze, dass die Reform des Bundesteilhabegesetzes, das KITA-Zukunftsgesetz, der Digitalpakt-Schule etc. Nur eine kleine Besserung ist erzielt dadurch, dass die Grundsicherung für Erwerbsunfähige und im Alter vom Bund jetzt zu 94% übernommen wird.

Gar nicht zu reden von der Altschuldenproblematik, die an der fehlenden Solidarität von zwei Bundesländern gescheitert ist. Wenn wir allein im Teilhaushalt 6 einen vernünftigen Deckungsgrad der wichtigsten Pflichtaufgaben hätten, hätten wir keinerlei Haushaltsprobleme.

An Investitionen werden wir dieses Jahr über 13 Millionen finanzieren müssen. Hier enthalte ich mich jeder Kritik, Investitionen tätigen wir hier vorwiegend im Bereich Kindertagesstätten und Schulen, wir investieren hier in die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen.

In diesem Zusammenhang bin ich auch froh, dass wir im Teilhaushalt 6 und 7 die Aufwendungen für Sozialarbeit im weiteren Sinne nicht reduziert haben. Es dürfte wohl inzwischen nicht mehr bestritten werden, dass wir gerade bei Kindern und Jugendlichen aus prekären Familienverhältnissen, aus Familien, die aus welchem Grund auch immer, ihren Kindern nicht die nötige Unterstützung zukommen lassen können, hier entsprechende Hilfen anbieten. Es ist Aufgabe der Allgemeinheit, diese individuellen Defizite der Kinder und Jugendlichen auszugleichen und ihnen eine Chance zu geben, in ein normales Schul- und Berufsleben einzusteigen.

Wer unten investiert, wird oben sparen.

Vor allem jetzt und auch nach der eventuell abgeklungenen Pandemie halte ich es für ganz besonders wichtig, den Kindern, die im Zusammenhang mit dem reduzierten Betreuungsangebot, dem Lock down in Schulen, der Umstellung auf digitales Lernen etc. Probleme haben, unter die Arme zu greifen.

Es darf nicht sein, dass ausgerechnet die, die eh schon Schwierigkeiten haben, jetzt durch die Einschränkungen der Pandemie noch weiter zurückfallen. Hier ist die Solidarität der Gesellschaft gefragt.

So werden wir denn Ende 2021 sehen, was der Haushaltsentwurf, den wir heute hier diskutieren, letztlich Wert war, und ob sich die Einbrüche bei der Gewerbesteuer oder der Einkommenssteuer durch eine Wiedererholung der Wirtschaft wieder ausgleichen werden. Auch wird sicherlich mit von Bedeutung sein, wie Ausgleichszahlen von Bund und Land fließen werden.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen liegt hier kein Haushalt vor, in dem nun auf Teufel komm raus an allen Ecken und Enden gespart wird.

Wir sparen nicht an den Investitionen in KITAS und Schulen, also an Investitionen in die Zukunft, wir sparen nicht im Bereich sozialer Hilfen etc.

Es wäre sicherlich nicht gut, die Auswirkungen der Pandemie hier nun durch ein rigoreses Zurückfahren von Leistungen noch zu verschlimmern. Im Vergleich mit anderen Kommunen stehen wir noch, was das Defizit angeht, in vertretbarem Rahmen da. Insofern kann dem Stadtvorstand, der Kämmerei und den Fachbereichen hier durchaus Respekt und Anerkennung gezollt werden.

Aber lassen Sie uns noch einen Blick in die Zukunft wagen.

Unsere Gesellschaft steht vor erheblichen Veränderungen wie sie nicht alle Jahrzehnt vorkommen.

Im Bereich der Industrie sind zurzeit erhebliche Veränderungen im Gange, Umstellung auf Digitalisierung, Umstellung auf veränderte Produktionsmethoden. Umstellung der Produktionsmethoden im Hinblick auf Energiewende. Darüber hinaus die Veränderungen im Zusammenhang mit dem Ziel einer veränderten Individualmobilität. Dies alles geht mit erheblichen Veränderungen im Arbeitsleben einher, Berufe werden wegfallen, andere werden neu entstehen. Dies erzeugt nachvollziehbar Ängste bei den Betroffenen, Ängste um ihre soziale Zukunft, um ihre Sicherheit. Ängste erzeugen oft Trotz und Ablehnung, aus Trotz und Ablehnung wird Aggression, im schlimmsten Falle eine vollständige Ausklammerung und Verneinung der Realität, wie wir zurzeit ja bei den sogenannten Querdenkern in geradezu unvorstellbarer Art und Weise erleben können.

Wenn unsere Gesellschaft dies alles ohne schwere Verwerfungen überstehen will, müssen diese Ängste der Menschen ernst genommen werden. Maßnahmen zum Klimawandel, wie Beendigung der Kohleförderung, können nur dann von allen akzeptiert werden, wenn man

den Menschen, die zurzeit im Kohlebergbau arbeiten, eine berufliche Alternative, die Hand und Fuß hat, anbietet.

Hier und vor allem hier ist Investitions- und Interventionstätigkeit des Staates gefragt. Mit Milliarden eine Fluggesellschaft zu stützen oder betrügerische Autofirmen ohne auf irgendwelche Veränderungen in Zukunft zu drängen, ist nicht sinnvoll. Sinnvoll ist es, Milliarden in neue Berufe und neue Jobs zu investieren, die dort entstehen, wo Menschen aufgrund dieses fundamentalen Wandels, der zurzeit abläuft, in soziale Schwierigkeiten geraten.

Nur wenn es uns gelingt, Ökonomie und Ökologie miteinander zu versöhnen und sozial verträglich zu gestalten, werden wir das schaffen, was unabdingbar ist, nämlich all diese Maßnahmen durchzuführen, um gegen das nächste große Problem – den Klimawandel – vorzugehen.

In dieser Hinsicht ist Handeln alternativlos. Auch wenn dieses Problem des Klimawandels zurzeit wie durch eine Nebelwand hinter den Problemen der Pandemie verschwindet, wird das Problem jedoch nicht grundsätzlich verschwinden. Wir sind ja jetzt schon so weit, dass wir vom Klimawandel nicht nur über Statistiken und gemessene Wärmegrade hören, sondern dass wir diese Angelegenheit jetzt langsam auch am eigenen Leib erfahren. Ich möchte Sie nur erinnern an diesen Sommer, an die Brände in Kalifornien, in Australien, die Extremtemperaturen und Brände in Sibirien, die Brände im Regenwald in Brasilien, die erhebliche Trockenheit in Afrika und nicht zuletzt auch bei uns. In Rheinland Pfalz war im September erst ein Viertel der üblichen Niederschlagsmenge gefallen, im Osten denken Gemeinden über Wasserrationierung nach.

Meine Damen und Herren, gegen den Klimawandel gibt es weder Masken noch Impfstoff, aber wir müssen handeln. Wir haben keine Zeit mehr. Nicht nur weltweit und bundesweit, sondern auch lokal müssen wir in dieser Hinsicht aktiv werden.

Wir müssen unsere gesamten Maßnahmen der Stadt unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit und des Klimawandels auf die Probe stellen.

Wir müssen Geld investieren in Renaturierung, in Pflanzen von Bäumen, in öffentlichen Personen-Nahverkehr, in Energiesparmaßnahmen etc.

Auch hier gilt, wenn wir jetzt nicht handeln, werden die menschlichen und finanziellen Folgen in Zukunft unabsehbar.

In der Stadt selbst haben wir auch in der nächsten Zeit zukunftsweisende Entscheidungen vor uns. Wir werden einen neuen Flächennutzungsplan erstellen. Die Vorbereitungen sind bereits angelaufen, wir haben einen sehr ausführlichen und aussagekräftigen Analysebericht über unsere wirtschaftliche Situation, wir wissen, dass wir Wohnraum schaffen müssen. Gerade im Bereich der Wohnungen, bei der laut Statistik in Frankenthal 2000 Wohneinheiten fehlen, ist Vieles zu beachten. Einerseits der demographische Wandel mit Zunahme der älteren Bevölkerung, die entsprechend angepassten Wohnraum benötigt, des Weiteren die Zunahme von Alleinerziehenden. Auch müssen wir vermehrt bezahlbaren Wohnraum für Familien und finanziell schlechter gestellten Menschen schaffen, was wir durch die entsprechende 30%-Klausel zumindest auf den Weg gebracht haben. Darüber hinaus ist auch hier Grundlage des Denkens, dass die Ressource Boden in Frankenthal nicht vermehrbar ist. Wir haben wenig Raum um uns herum, entsprechend sorgfältig und sparsam müssen wir mit selbigem umgehen. Insofern ist auch hier im Wohnungsbau Innen- vor Außenentwicklung zu favorisieren. Auch im Randbereich, zum Beispiel den Vororten, darf es nicht mehr die Regel sein, dass hier Einfamilienhaus neben Einfamilienhaus gestellt wird, auch hier ist Geschößwohnungsbau der Wohnungsbau der Zukunft. Es ist richtig und gut, dass bei größeren Baumaßnahmen oder Errichtung von größeren Baugebieten die Bevölkerung, die von diesen Maßnahmen betroffen ist, mit einbezogen wird. Allerdings muss es auch irgendwann einmal klar sein, dass es neben Eigeninteressen auch Interessen der Allgemeinheit gibt.

Im Hinblick auf die Gewerbesituation in Frankenthal halte ich den jetzt vorliegenden Untersuchungsbericht für sehr aufschlussreich. Es ist durchaus erwähnenswert, dass wir in der

Zusammensetzung unserer Industrie mit verarbeitenden und sogenannten wissensintensiven Berufen durchaus noch in einem guten Mittelwert liegen trotz des Aderlasses durch KBA. Es ist auch gut zu wissen, dass wir auch in den mittelständischen Betrieben kleinerer und mittlerer Art gut aufgestellt sind. Im Hinblick auf neue Gewerbeflächen müssen wir gerade diese Betriebe besonders ins Auge fassen und unterstützen, da sie in der Regel ortstreu sind.

Hier müssen wir ihnen Erweiterungsmöglichkeiten bieten. Auch ist zu bemerken, dass diese verarbeitenden und wissensintensiven Betriebe, was die Produktivität für die Stadt Frankenthal angeht, weit über Logistik und Handel liegen. Da auch hier gilt, dass wir sehr sorgsam mit unseren noch verbliebenen Flächen umgehen müssen, denke ich, dass der Schluss durchaus sein muss, dass Logistik und Handel in der Zukunft nicht weiter ausgeweitet werden darf, da hier große Flächen gebraucht und verbraucht werden. Auch ist interessant, dass in den vorhandenen Industriegebieten über 12 ha noch nicht der Nutzung zugeführt wurden, da sie sich in Privathand befinden. Hier müsste die Stadt durchaus in erster Linie aktiv werden, um diese in schon bestehenden Industriegebieten liegenden Geländeabschnitte zu aktivieren. Die Vorschläge in der Untersuchung über Erweiterung oder neue Industriegebiete halte ich nach wie vor für Vorschläge über die zu diskutieren ist, dies werden wir dann im Rahmen der Aufstellung des Flächennutzungsplanes abhandeln. Neuen Logistikbetrieben werden wir niemals zustimmen. Dass sich die BASF als Globalplayer erweitern will, ist nachvollziehbar. Aber es gibt neben den Interessen der Industrie auch Interessen der Anwohner und der Natur. Hier gilt es im Hinblick auf den großen Flächenbedarf der BASF einen Ausgleich zu finden, der alle Interessen berücksichtigt.

Ein weiterer wichtiger Punkt in naher Zukunft wird für die Stadt Frankenthal die Umgestaltung der Innenstadt sein.

Hier befinden wir uns in einem entsprechenden Förderprogramm.

Es sind in geradezu vorbildlicher Weise inzwischen von der Verwaltung in Mitbeteiligung der Bürger Untersuchungen durchgeführt worden, was eigentlich sämtliche Gesichtspunkte der Innenstadt berücksichtigt. Die Funktion von Innenstädten ist zurzeit im Wandel begriffen. Der ausufernde und wahrscheinlich noch mehr zunehmende Internethandel zieht erhebliche Mittel aus den Geschäften der Innenstädte ab. Hier ist dringend ein Wandel erforderlich, damit nicht in absehbarer Zeit Innenstädte nur noch von Ketten wie Aldi, Lidl und ähnlichem bevölkert werden. Innenstädte müssen attraktiv sein und werden. Früher ging man in die Stadt mit einem Einkaufszettel, hat eingekauft und ging wieder nach Hause.

Dies hat sich geändert. Einkaufen wird zunehmend zu einem Event. Familien gehen in die Stadt, die Kinder wollen bespaßt werden, die Eltern wollen ein wenig Musik an einer Ecke hören, dann kauft man ein, geht shoppen – wie es modern heißt – und dann möchte man noch irgendwo in angenehmer Atmosphäre etwas essen und trinken, möglichst unter grünen Bäumen und mit sprudelnden Springbrunnen. Städte, die diesem Trend nicht entgegenkommen, werden veröden.

Hier haben wir begonnen mit den ersten Maßnahmen. Das Museum und das Museumsumfeld werden jetzt als erster Schritt saniert, danach Bahnhofsvorplatz. Aber auch die eigentliche Innenstadt müssen wir hier mit entsprechenden Maßnahmen auffrischen und attraktiv machen. Wenn wir das nicht schaffen, werden zunehmend kleinere Inhaber geführte Geschäfte verschwinden. Dies darf nicht geschehen.

Wenn ich als etwas alter Mann in die Zukunft blicke, dann möchte ich nicht in den Tenor verfallen, den man den Alten immer unterstellt, dass sie sagen „früher war alles besser und jetzt wird alles schlechter“.

So bin ich nicht. Aber wir befinden uns sowohl was die gesamte Welt angeht, was unsere Bundesrepublik angeht und auch was unsere Kommune angeht, in sehr labilen Zeiten, große Veränderungen stehen bevor, auch hinter Corona drohen erhebliche Gefahren. Dies

alles in den Griff zu bekommen, zu managen, dabei unser soziales Gleichgewicht und unsere Demokratie zu erhalten, wird sicherlich eine Mammutaufgabe der nächsten Generationen sein. Auch wenn ich das nicht mehr erleben werde hoffe ich doch innigst, dass wir hier die richtigen Entscheidungen treffen werden und uns zu einem entsprechenden Handeln aufrufen werden.

Ich möchte an dieser Stelle durchaus meinen Dank und meine Anerkennung an die Verwaltung und die Verwaltungsspitze zum Ausdruck bringen. Sie werden verstehen, dass für einen GRÜNEN durchaus noch viel Handlungsspielraum in dem Handeln der Stadt Frankenthal ist, aber nichts destotrotz denke ich, dass unsere Stadt von einer vernünftigen und angemessenen Regierungs- und Verwaltungsarbeit profitiert. Auch das bisherige Management der Pandemie war unaufgeregt und nicht hektisch. Ich hoffe, dass wir in Zukunft weiterhin eine kooperative und vertrauensvolle Politik zum Wohl der Bürger der Stadt Frankenthal durchführen können.

Ich habe mich angesichts der Umstände kurz gefasst, bin nicht in Details gegangen und hoffe, dass Sie mir dies für dieses Jahr nachsehen werden. Nächstes Jahr wird es dafür dann vielleicht wieder umso länger.

Ich möchte Ihnen ein schönes Weihnachtsfest und ein besseres Jahr 2021 wünschen, möchte mich bedanken bei der Verwaltung für die doch immer konstruktive Zusammenarbeit, für ihre Arbeit, die sie im Rahmen der Stadt geleistet hat.

Ich möchte Sie zum Abschluss noch einmal an das erinnern, was mir ganz besonders wichtig ist und was ich eigentlich für das größte Problem halte, nämlich der ablaufende Klimawandel. Denken Sie darüber nach, wenn ich sage: „Wir haben keine Zeit mehr“.

Vielen Dank.